

# Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag  
In Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.30. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei zwanngsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshaupten des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Breinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 96

Dienstag, den 26. April 1927

79. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Aufgebot.

Der Pfefferküchlermeister Hermann Bruno Greubig in Pulsnitz hat das Aufgebot dahin beantragt, die Erben der Anna Kosine verw. Frenzel geb. Thomas in Pulsnitz hinsichtlich der für sie auf Blatt 152 des Grundbuchs für Pulsnitz, Bkt. III Nr. 1 eingetragenen Kaufgelberhypothek von fünfzig Weisnischen Gulden oder 44 Taler 29 Ngr. im Vierzehntalerfuß mit ihren Rechten am Grundstück auszuschließen.

Die bezeichneten Gläubiger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den

4. August 1927, vormittags 9 Uhr

bestimmten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden; sonst wird ihre Ausschließung mit diesen Rechten erfolgen.

Die Sache wird als Feriensache erklärt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 20. April 1927.

Mittwoch, den 27. April 1927, vormittags 11,15 Uhr sollen in Pulsnitz im

Restaurant zum „Bürgergarten“

1 Schreibmaschine

und Donnerstag, den 28. April 1927, vormittags 11 Uhr

1 Schreibtisch, 1 Schreibtischstuhl, 1 Standspiegel und 1 Wandbrett

zwangsweise gegen Barzahlung meistbietend öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz

## Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

### Das Wichtigste

Nach einer Moskauer Meldung hat Rykow auf dem Rätekongress erklärt, daß die Sowjetregierung sich gegenwärtig nicht in der Lage sehe, die militärischen Rüstungen einzustellen. Der Rätekongress habe die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der militärischen Rüstungen bestätigt und sich für die Erhöhungen des Kriegsbudgets ausgesprochen.

In einem Hause in Nichtenberg bei Berlin wurde ein Kriegsbeschädigter in seiner Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Aus einem hinterlassenen Brief geht hervor, daß der Kriegsbeschädigte bereits am 17. Dezember 1926 Selbstmord durch Leuchtgas verübt hat.

Der Dampfer „Johanne“ aus Esbjerg, der Mitte März den Hafen von Cardiff mit einer Kohlenladung nach Zants verließ, gilt als verloren. Man nimmt an, daß der Dampfer in den orkanartigen Stürmen, die kurz nach seiner Ausreise aus Cardiff einsetzten, mit Mann und Maus untergegangen ist. An Bord befanden sich 10 Dänen, 5 Deutsche und 1 Spanier.

Wie die Berliner Morgenblätter aus Neustadt in der Pfalz berichten, wurden nach amtlichen Beobachtungen in der Pfalz im Monat März 120 Leute angehalten bzw. festgenommen, die für die Fremdenlegion angeworben haben.

Wie aus Moskau gemeldet wird, überfielen 6 Banditen ein Postamt in der Provinz und raubten 300 000 Rubel. Die Banditen wurden festgenommen und von der empörten Menge getötet.

Wie aus Chicago gemeldet wird, hat dort ein russischer Offizier Kerenski während eines Ehrenabmarsches zweimal geohrfeigt.

### Vom Spielfeld zum Schulkind.

Am vielen Vorurteilen gegen die neue Richtung im Schulunterricht für die Abkömmlinge zu begegnen, sandte uns ein Schulfachmann den folgenden Artikel. Wir geben den Ausführungen Raum, ohne selbst dazu Stellung zu nehmen. (Neb.)

Der erste Gang zur Schule ist getan. Im Bollgefühl ihrer Wichtigkeit sind die kleinen Abkömmlinge von ihren Eltern dem Orte zugeführt worden, an dem sie die nächsten Jahre verbringen sollen. Die schöne, goldene Jugendzeit mit ihrer Sorglosigkeit und Ungebundenheit ist nun vorbei. Schon im letzten Wochen standen ganz unter dem Zeichen dieses wichtigen Ereignisses. Mit tausend Fragen wurden Vater und Mutter bestürmt, immer neue Unklarheiten entstanden und kindliche Hirn und mühen gedreht werden, bis endlich im großen Augenblick kam, wo die Mappe umgehängt und der Weg in das unbekannte Land angetreten wurde. Wir Eltern erinnern uns noch deutlich der Zeit, wo die gleiche Unruhe uns plagte, Vater oder Mutter uns an die Hand nahm und vor den Lehrer führten. Damals war noch eine andere Zeit. Als wir zur Schule kamen, bildeten Fächer, Schiefertafel und Feder unsere ganze Welt und die Welt der Mappe herausragend, waren Schwamm und Wischlein die untrüglichen Zeichen des Neulings. Heute ist die Tafel schon längst ein vergebliches Ausstattungsstück, und mit der Feder schon längst ein vergebliches Werkzeug. Heute hören wir, daß unsere Jungen und Mädchen mit Redisfeder und Sütterlinschreibheft, mit Legekasten und Plastilin, mit Buntstiften und Malheften ausgestattet werden. Was ist das alles? Davon haben wir früher nichts gewußt, und die Schulzeit liegt doch erst wenige Jahrzehnte hinter uns. Es ist inzwischen ein neuer Geist in die Schule gezogen, und an unseren Kindern können wir am besten sehen, daß auch der Schulbetrieb keine starre Einrichtung ist, die wie eine Maschine von Jahr zu Jahr gleichmäßig abläuft.

Man kann den neuzeitlichen Schulbetrieb und die Umstellung in der Behandlung des Schulkindes nur dankbar be-

## Bereits am 1. Juli Erhöhung der Posttarife?

Eine wirtschaftsfeindliche Maßnahme — Schärfste Proteste aus Wirtschaftskreisen

Pariser Stimmen zum Ausgang der österreichischen Wahlen — Feuerkämpfe zwischen Chinesen und ausländischen Kriegsschiffen

Das Reichspostministerium hat die Öffentlichkeit mit einer wenig erbaulichen Mitteilung überrascht. Das Ministerium teilte mit, daß es eine Vorlage vorbereitet, wonach das Briefporto von 10 auf 15 Pfennig erhöht und dementsprechend eine Erhöhung der übrigen Postgebühren vorgenommen werden soll. Wenn die Wünsche des Reichspostministeriums beim Verwaltungsrat der Reichspost Gehör finden, soll die Tarifserhöhung am 1. Juli erfolgen.

Sachlage ist, daß die Vorlage in 14 Tagen dem Verwaltungsrat der Reichspost zugehen soll, der dann darüber entscheiden wird. Plötzlich also erkennt die Reichspost die Notwendigkeit einer Gebührenerhöhung, nachdem erst vor wenigen Wochen der Öffentlichkeit mitgeteilt war, daß eine Erhöhung des Briefportos nicht notwendig sei, da die Wirtschaftslage der Post sie nicht notwendig mache. Sollte sich also in den letzten Wochen das Bild derart geändert haben, daß sich jetzt

eine 50prozentige Portoterhöhung

nicht umgehen läßt? Es klingt etwas seltsam, wenn zur Begründung vom Reichspostministerium angeführt wird, daß durch vermehrten Postbestellungs- und Verstärkung des Schalterdienstes die Ausgaben eine erhebliche Zunahme erfahren hätten. Man sollte annehmen, daß sich diese Zunahme schon im voraus hätte erkennen lassen! Wenn es ferner heißt, das Reichspostministerium halte eine zweitägige Bestellung in einzelnen Landbezirken und die einmalige am Tage in größeren Industrieorten für unzulänglich und erachte eine Modernisierung, die an den Postfädel erhebliche Ansprüche stelle, für notwendig, so läßt sich darauf nur erwidern, daß jedes Privatunternehmen, das eine Modernisierung seines Betriebes für unumgänglich hält, deswegen auch nicht seine Erzeugnisse einfach erhöhen kann.

Wir wollen gar nicht verkennen, daß der Reichspost der Ausbau des Fernsprechwesens und die Zuschüsse für den Telegraphen- und Telefonverkehr erhebliche Unkosten verursachen, aber dafür erhält ja die Reichspost auch vom 1. Mai ab höhere Fernsprechggebühren.

Der Zeitpunkt einer Portoterhöhung ist der denkbar ungeeignetste.

Jetzt, wo jeder einzelne durch die Steuerhölle bis zum Weißbluten gebracht wird, wo mancher Betrieb nur noch für die Aufbringung der Steuern arbeitet, da sollte das Reichspostministerium nicht mit einer derart einschneidenden Maßnahme kommen, die für viele geradezu untragbar sein muß. Solche Maßnahmen vom grünen Tisch sind wahrlich nicht geeignet, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu fördern; man sollte doch annehmen, daß unsere Reichsverwaltung der Wirtschaft mit gutem Beispiel vorangehen und nicht mit dem alten unkaufmännischen Inflationssystem wieder beginnt, das nur durch Erhöhung der Preise eine Erhöhung der Einnahmen gewährleistet sah.

Kein Wunder, wenn sich ein Sturm der Entrüstung

gegen diese völlig unzeitgemäße Maßnahme der Reichspost erhebt. Das Handwerk, das sich bereits im schweren Existenzkampf durch die untragbaren Steuern befindet, erhebt schärfsten Protest gegen die Portoterhöhung, die eine neue Erhöhung der Fortführung der Betriebe bedeute und

namentlich von den Kreisen der Kleingewerbetreibenden als unmöglich empfunden werden muß. Mit Recht erinnert das Handwerk daran, daß die neue Fernsprechggebührenordnung, die am 1. Mai in Kraft trat, bereits erhebliche Mehrausgaben verursacht.

In den Kreisen der Kaufleute hat die Nachricht von der Portoterhöhung berechtigende Entrüstung hervorgerufen. Man verkennt in diesen Kreisen nicht, daß der Post wie jedem kaufmännisch geleiteten Betriebe das Recht zugestanden werden muß, den Tarif so zu gestalten, daß ein Defizit vermieden wird, aber dieses Recht hat eine Grenze an der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, die schon jetzt unter einem derartig hohen Steuerdruck stehe, daß eine weitere Erhöhung der öffentlichen Abgaben unabsehbare Folgen nach sich ziehen müßte.

### Das Ergebnis der Wahlen in Oesterreich.

Sieg der Einheitsliste. — Gewisse Gewinne der Sozialdemokraten.

Wien. Bis auf wenige Bezirke ist das Endergebnis festgestellt. Eine Änderung des Gesamtergebnisses kann nicht mehr eintreten. Von möglicherweise eintretenden unwesentlichen Verschiebungen in Kärnten und Steiermark abgesehen entfallen auf die

Einheitsliste 82, die Sozialdemokraten 69 und den Landbund 8 Mandate.

Für 12 Mandate bleiben Reststimmen, von denen nach den vorläufigen Berechnungen der Einheitsliste 3, den Sozialdemokraten 2 und dem Landbund ein Mandat zufallen dürfte. Von namhaften christlich-sozialen Persönlichkeiten sind alle, die aufgestellt wurden, wiedergewählt. Die Großdeutschen haben ebenfalls ihre Nationalratsmandate behalten, bis auf den Vizepräsidenten des Nationalrats, Dr. Baber, dem aber in Wien ein Reststimmenmandat zufallen dürfte. Von den neuen Kandidaten der Großdeutschen ist der Obmann der Großdeutschen Volkspartei, Dr. Wottawa, in Wien gewählt worden.

Bei den letzten Nationalratswahlen im Jahre 1923 waren auf die jetzt in der Einheitsliste vereinigten Christlichsozialen und Großdeutschen 82 bzw. 10, zusammen 92 Mandate entfallen. Die Sozialdemokraten hatten bei den letzten Wahlen 68, der Landbund 5 Mandate erlangt.

Die Wahlen zum Nationalrat und den anderen Vertretungskörperschaften dürften der Sozialdemokratie einen gewissen Gewinn bringen, wenn auch keine wesentlichen Verschiebungen in dem früheren Stand zu erwarten sind.

Zusammengehen des Landbundes mit den bürgerlichen Parteien im Nationalrat.

Von einer dem Landbund nahestehenden Seite wird erklärt, daß der Landbund auf keinen Fall die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei aufrechterhalten werde. Es könne nur ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien in Frage kommen, was andererseits wieder im Nationalrat durch eine Stärkung der bürgerlichen Richtung sich auswirken wird.